V-34 Prävention: Kinder und Jugendliche schützen, Leben retten und Geld sparen

Antragsteller*in: Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat den Anspruch auf den für sie oder ihn höchstmögliche Maß an körperlicher und geistiger Gesundheit. Dieser Anspruch verpflichtet Staaten, ihrer Bevölkerung ein Leben in gesundheitsförderliche Umgebung zu ermöglichen und besonders Kinder und Jugendliche zu schützen. So fordert es auch die UN-Kinderrechtskonvention. Das umfasst viele Bereiche. In diesem Antrag geht es spezifisch um Verhältnisprävention.

Daher möge die Bundesdelegiertenkonferenz folgendes beschließen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine umfassende, wissenschaftsbasierte Präventionsstrategie ein, die insbesondere auf Verhältnisprävention setzt. Unser Ziel ist, Deutschland bei der Prävention zu einem europäischen Spitzenreiter zu machen.

Denn der aktuelle Zustand ist nicht länger tragbar: Deutschland gibt pro Kopf mehr für Gesundheit aus als alle anderen EU-Staaten, erreicht bei Gesundheitszielen aber vielfach nur europäisches Mittelmaß. Der Public Health Index von AOK und Deutschem Krebsforschungszentrum zeigt erhebliche Defizite Deutschlands insbesondere bei Tabak, Alkohol und Ernährung. Bei der Verhältnisprävention in diesen Bereichen landet Deutschland im europäischen Vergleich regelmäßig auf dem letzten oder vorletzten Platz.

Dabei ist uns allen klar: Gesundheitspolitik darf nicht erst beginnen, wenn Menschen krank geworden sind. Wir wollen politische Rahmenbedingungen schaffen, die Menschen möglichst lange gesund halten und dort regulieren, wo dies nachweislich große gesundheitliche Wirkung entfaltet. Neben einem echten Mehrwert in der Lebensqualität kann wirksame Prävention zudem Kosten im Gesundheitssystem sowie gesellschaftliche Folgekosten insgesamt reduzieren.

Wir setzen deshalb auf drei wissenschaftlich belegte Hebel in Bezug auf gesundheitsschädliche Produkte, um das zu ändern:

- den Zugang erschweren, insbesondere für Kinder und Jugendliche;
- Preise stärker anheben und so einen verhältnispräventiven Ansatz stärken.
- Marketing und Sponsoring stärker regulieren, um der Bildung positiver „Images“ für sehr ungesunde Lebensmittel und suchtfördernde Produkte entgegenzuwirken.

Gerade Kinder und Jugendliche reagieren besonders sensibel auf Verfügbarkeit, Verkaufsumfeld, Marketing und Preis. Prävention muss deshalb dort ansetzen, wo politische Maßnahmen nachweislich die größten Wirkungen entfalten können. Das größte Potential liegt hierfür in den Bereichen Alkohol, Tabak und Zucker. Andere Länder machen vor, was hierbei möglich ist.

Alkohol – ein Blick nach Skandinavien

Wir wollen riskanten Alkoholkonsum wirksam reduzieren und uns an erfolgreichen europäischen Präventionsmodellen orientieren.

Dafür fordern wir insbesondere:

- eine Anhebung der Besteuerung alkoholischer Getränke, insbesondere bei Produkten mit besonders hohem gesundheitlichem Schadenspotenzial, und eine Aufhebung der steuerlichen Ausnahmen für Wein
- separate Verkaufsbereiche für alkoholische Getränke mit mehr als 15 Volumenprozent – entweder in eigenen Verkaufsstätten oder abgetrennten Ladenbereichen;
- kein Verkauf mehr von alkoholischen Getränken im unmittelbaren Kassenbereich;
- eine konsequente Einschränkung von Werbung und Sponsoring, Verkaufsförderung und Verkaufsstrategien, die sich an Kinder und Jugendliche richten oder ihren Konsum fördern;
- eine regelmäßige wissenschaftliche Überprüfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen so verändern, dass gesundheitsschädlicher Konsum insbesondere bei jungen Menschen weniger attraktiv und weniger selbstverständlich wird.

Tabak und Nikotin – von Irland lernen

Auch beim Tabak- und Nikotinkonsum wollen wir Deutschland zu einem europäischen Vorreiter machen und insbesondere Kinder und Jugendliche besser vor dem Einstieg in die Nikotinabhängigkeit schützen.

Dafür fordern wir insbesondere:

- eine deutlich höhere und einheitliche Mindestbesteuerung für alle nikotinhaltigen Produkte je nach typischem Konsumverhalten – inklusive Liquids;
- kein Verkauf mehr von Tabak- und Nikotinprodukten im unmittelbaren Kassenbereich;
- die schrittweise Abschaffung von Tabak- und Nikotinverkaufsautomaten im öffentlichen Raum – insbesondere im Umfeld von Schulen und Kitas;
- konsequente Einschränkungen von Außenwerbung, Sponsoring und Verkaufsförderung – insbesondere dort, wo Kinder und Jugendliche erreicht werden;
- Regularien zur Verbannung von Produkten und Produktaufmachungen, die gezielt Kinder und Jugendliche ansprechen, vom deutschen Markt – etwa

durch kindlich wirkende Designs oder besonders attraktive Geschmacksrichtungen;

- ein schnellstmögliches Verkaufsverbot für Einweg-E-Zigaretten
- konsequente Kontrollen des Jugendschutzes im stationären und digitalen Handel sowie wirksame Sanktionen bei Verstößen;
- eine Ausweitung rauch- und nikotinfreier öffentlicher Räume, z.B. an Bushaltestellen und im Umfeld von Schulen und Kitas;
- eine nationale Strategie für eine rauch- und nikotinfreie Generation;
- ein Rauchverbot in allen öffentlich zugänglichen abgeschlossenen Räumen;
- ein Rauchverbot in allen geschlossenen Räumen, in denen sich Kinder aufhalten, insbesondere auch in Autos.

Gesüßte Getränke – eine Herstellerabgabe nach britischem Vorbild

Deutschland braucht eine wirksame Herstellerabgabe auf zuckerhaltige Erfrischungsgetränke nach dem Vorbild der britischen Soft Drinks Industry Levy. Das britische Modell setzt nicht bei den Verbraucher*innen an, sondern schafft für Hersteller*innen und Importeur*innen einen finanziellen Anreiz, ihre Produkte zu reformulieren. Zwischen 2015 und 2024 sank dort der verkaufsgewichtete durchschnittliche Zuckergehalt der erfassten Getränke um 47,4 Prozent und Übergewicht ging in bestimmten Kindergruppen zurück, besonders bei benachteiligten Kindern.

Wir fordern daher:

- eine gestaffelte Herstellerabgabe auf zuckerhaltige Erfrischungsgetränke, abhängig vom Zuckergehalt;
- die Erhebung der Abgabe bei Herstellern und Importeuren am oberen Ende der Lieferkette, um kleine gastronomische Betriebe und Verkaufsstellen von unnötiger Bürokratie zu entlasten;
- eine regelmäßige Überprüfung und Inflationsanpassung der Abgabesätze;
- eine zweckgebundene Verwendung der Einnahmen für Gesundheitsförderung und Prävention, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zur Finanzierung von Präventionsprogrammen mit Schwerpunkt Ernährungsaufklärung;
- eine regelmäßige wissenschaftliche Evaluation der Auswirkungen der Abgabe auf Zuckergehalt, Absatz, Konsum und Gesundheit.
- Eine Altersbeschränkung für sogenannte „Energy Drinks“, die meist neben Zucker auch andere für Kinder und Jugendliche schädliche Stoffe enthalten von 16 Jahren.

Ziel der Abgabe ist ausdrücklich nicht die Erhöhung staatlicher Einnahmen, sondern die Reformulierung von Produkten. Je weniger Zucker enthalten ist, desto

geringer soll die Abgabenlast ausfallen. Wir wollen einen Wettbewerb um weniger Zucker – nicht um mehr Steueraufkommen.

Prävention als Investition

Prävention ist Gesundheits-, Sozial- und Finanzpolitik zugleich. Chronische Erkrankungen und Suchterkrankungen verursachen persönliches Leid und erhebliche Kosten für Gesundheits- und Sozialsysteme. Maßnahmen, die Erkrankungen verhindern oder ihr Auftreten hinauszögern, verbessern Lebensqualität und können langfristig Kosten senken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein, Prävention bei allen relevanten politischen Entscheidungen stärker zu berücksichtigen. Unser Leitbild ist eine Gesundheitspolitik, die Gesundheit ermöglicht, gesunde Lebensjahre verlängert, gesundheitliche Ungleichheit reduziert und langfristig Kosten spart.

Einfache Sprache

Prävention stärken – Gesundheit schützen

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Deutschland zu einem Vorreiter bei der Gesundheitsprävention machen.

Deutschland gibt viel Geld für Gesundheit aus. Trotzdem gibt es bei Tabak, Alkohol und Ernährung große gesundheitliche Probleme. Deshalb muss Gesundheitspolitik früher ansetzen: Wir wollen Krankheiten verhindern, bevor sie entstehen.

Dafür wollen wir die Bedingungen verändern, unter denen Menschen leben und konsumieren. Besonders Kinder und Jugendliche sollen besser geschützt werden.

Wir setzen auf drei einfache Grundsätze:

Gesundheitsschädliche Produkte sollen schwerer zugänglich sein.
Ihr Preis soll stärker an ihrem gesundheitlichen Schaden ausgerichtet werden.
Werbung, Marketing und Sponsoring für diese Produkte sollen stärker begrenzt werden.

Alkohol

Wir wollen riskanten Alkoholkonsum verringern. Dafür fordern wir:

- höhere Steuern auf Alkohol, besonders auf besonders schädliche Produkte;
- die Abschaffung der Steuer-Ausnahme für Wein und eine höhere Besteuerung von Bier;
- keinen Verkauf von hochprozentigem Alkohol direkt an der Kasse;
- getrennte Verkaufsbereiche für hochprozentigen Alkohol;
- weniger Werbung und Sponsoring für Alkohol, besonders mit Blick auf Kinder und Jugendliche;
- eine regelmäßige Überprüfung, ob diese Maßnahmen wirken.

Tabak und Nikotin

Wir wollen Kinder und Jugendliche besser vor dem Einstieg in die Nikotinsucht schützen. Dafür fordern wir:

- höhere und einheitliche Steuern auf Tabak, E-Zigaretten und andere Nikotinprodukte;
- keinen Verkauf direkt an der Kasse;
- weniger Tabak- und Nikotin-Automaten, besonders in der Nähe von Schulen und Kitas;
- weniger Werbung, Sponsoring und Verkaufsförderung;
- ein Verbot von Produkten und Geschmacksrichtungen, die gezielt Kinder und Jugendliche ansprechen;
- ein schnelles Verbot von Einweg-E-Zigaretten;

- bessere Kontrollen des Jugendschutzes und wirksame Strafen bei Verstößen;
- mehr rauch- und nikotinfreie öffentliche Orte, besonders rund um Schulen und Kitas;
- eine nationale Strategie für eine rauch- und nikotinfreie Generation;
- ein Rauchverbot in öffentlich zugänglichen geschlossenen Räumen und überall dort, wo sich Kinder aufhalten, insbesondere in Autos.

Zuckerhaltige Getränke

Wir wollen eine Herstellerabgabe auf stark zuckerhaltige Getränke nach britischem Vorbild.

Dabei gilt: Je mehr Zucker ein Getränk enthält, desto höher die Abgabe.

- Die Abgabe soll bei Herstellern und Importeuren erhoben werden. Kleine Geschäfte und Gastronomiebetriebe sollen möglichst wenig zusätzliche Bürokratie haben.
- Die Einnahmen sollen vor allem für Gesundheitsförderung und Prävention eingesetzt werden, insbesondere für Kinder und Jugendliche.
- Die Abgabe soll regelmäßig überprüft werden. Dabei soll untersucht werden, ob Hersteller den Zuckergehalt senken und ob sich der Konsum und die Gesundheit verbessern.

Das Ziel ist nicht, mehr Steuern einzunehmen. Das Ziel ist, dass Getränke weniger Zucker enthalten.

Prävention lohnt sich

Gute Prävention schützt Gesundheit, verbessert Lebensqualität und kann langfristig Kosten sparen.

Wir wollen deshalb, dass Prävention bei politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt wird.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen möglichst lange gesund leben können – unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer Herkunft.

Begründung

Wir wollen nicht erst die Folgen vermeidbarer Krankheiten behandeln, sondern Gesundheit für alle ermöglichen. Deutschland soll vom europäischen Schlusslicht zum Vorbild bei der Prävention werden – für mehr gesunde Lebensjahre, weniger vermeidbare Erkrankungen & ein nachhaltiges Gesundheitssystem.

weitere Antragsteller*innen

Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/ Schöneberg); Katharina Wittig (KV München); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Alexander Gleichauf (KV München); Matthias Kuponiyi-Böff (KV Main-Kinzig); Philine Loertzer (KV KaiserslauternF); Kirsten

Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Christian Ohnemüller (KV Kulmbach); Jannis Rustige (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kristin Martl-Hassan (KV Mühldorf); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Claire Carlson (KV Leipzig); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Karin Töpfer (KV Hof); Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt); Mathilda Kähler (KV Hamburg-Altona); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); sowie 120 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.